

# Die Gewerkschaft

**Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten**  
**Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter**

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57  
Winterfeldtstr. 29 (Redakteur: Emil Dittmer)  
Postfach Post. 2746

Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags-Belegspres  
stetig durch die Post (ohne Belegspres)  
Postzeitungsliste Nr. 3164

## Rückblicke auf das Jahr 1918.

(Schluß)

### a. Unsere Organisation.

Welch ein Jahr liegt hinter uns! Als wir im Januar 1918 die Urabstimmung für die Vertragserhöhung in unserem Verbandsvornehmen mußten, da ahnte wohl niemand, daß wir in wenig Monaten einen beispiellosen Aufstieg unserer Organisation erleben würden, der nun auch noch im neuen Jahr in gleichem Tempo anhält.

Wohl wird jeder überlegende Kollege geneigt sein, die Dinge nicht gar so rosig anzusehen, weil im Hintergrunde die pechschwarze Wolke unseres Wirtschaftsniederganges lagert. Aber das Jahres-Gesamtbild für unsere Organisation verbleibt doch recht günstig und es ist nicht einzusehen, warum wir nicht in den nächsten Wochen und Monaten unsere Position so befestigen können, daß wir auch die kommenden schweren Tage ehrenvoll überstehen.

Im Beginn des Jahres 1918 hatten wir ein Jahr langsamem Aufstieg hinter uns mit insgesamt 33 000 Mitgliedern, darunter 7000 weiblichen. Die Finanzen waren freilich arg mitgenommen. Aber 85 Proz. der Abstimmenden entschlossen sich für die Vertragserhöhung ab 1. April 1918, so daß wir seit einigen Monaten auch finanziell den berechtigten Wünschen unserer Mitglieder entsprechen können. Die Mitgliederzahl selbst ist inzwischen auf circa 90 000 gestiegen. Seit Bestehen unseres Verbandes das erfolgreichste, aber damit auch arbeitsreichste Jahr.

Dabei hat sich die Entwicklung sozusagen über Nacht,

nämlich seit den November-Revolutionstagen vollzogen! Wie Pilze schießen die Filialen aus der Erde und unsere abgehenden Genossen kamen trotz aller Verkehrshemmnisse in völlig neuen Gebieten herum, um nach dem Rechten zu sehen und den vielfältigen Anforderungen der Mitgliedschaften gerecht zu wer-

den. In der Zentrale aber — am Winterfeldtspatz — häufen sich die Sendungen und Arbeiten ins Ungeheure, und die schlecht funktionierenden Verkehrsinstitute nebst allerhand technischen Hemmnissen sorgen dafür, daß die — Beschwerden nicht abreißen. — Dennoch dürfen wir uns all der Mühen freuen, denn es geht in Riesenschritten vorwärts und wir sind im besten Zuge, unsere Mitgliederzahl zu verdoppeln, gemessen am Friedensstand 1914.

### An die Frauen!

Blutumrauschet und tränen schwer  
zogen die Jahre,  
hart und leer  
war unser Leben,  
Codumdroht  
gingen wir hin  
durch all die Not.  
Männer starben,  
Kinder verdarben,  
wir schafften ums Brot.

Sis unter Tag kam!

November war es voll Frühlingsluft,  
Voll Lerchenschlag und Veilchenduft,  
November, wie kaum ihn Menschen gesehn  
Voll Drängen und Werden und Auferstehn.  
Aus all den Strömen von jungem Blut  
Wuchs eines Volkes Verzweigungsmut.  
Es rüttelte hart an der Zwingsburg Tor,  
Und siehe! Menschen strömten hervor,  
Zur Freiheit, zur Sonne, zum Menschenfein!  
Klirrend zerprangen Ketten und Schein.  
Opfer fielen mit jauchzendem Schrei  
auf sterbenden Lippen:  
Unser Volk ist frei!

Und frei sind auch wir, wir geknechteten Frau'n!  
Wir dürfen froh auf zur Sonne schau'n.

Dürfen segnend die Hände heben,  
Dürfen lieben das heilige Leben.

Rein ist die Seele  
flammend durchleuchtet.

Irrtum und Fehle,  
Schmerz und Not

Läßt der Liebe heiligen Schein  
Heller nur leuchten, weithinein!

Nun gilt es der Zukunft Haus zu bau'n,  
Drum wählet gut, Ihr deutschen Frau'n.

Nun liegt das Schicksal in Eurer Hand,  
Wählet den Weg ins freie Land!

Klara Böhm-Sachs

betrieben sogar auf 6 Stunden reduziert) und die neugeschaffene Rechtsbasis als Errungenschaften erfürmen, die Gewähr bieten für einen planmäßigen Aufstieg.

Ah, wenn nur die verfluchte volkswirtschaftliche Gegenrechnung nicht wäre! Die Preissteigerungen überstürzten sich noch

immer in viel stärkerem Tempo als bisher. Die Arbeitslosigkeit wächst ins Unermessliche und die Stats der Gemeinden müssen eines Tages unfehlbar dahin kommen, wo die Finanzverhältnisse vieler Großindustrien bereits angelangt sind: vor den unentrinnbaren Ruin!

Unsere Volkswirtschaft liegt in schwerem Sturzflug und unsere einzige letzte Hoffnung ist der sozialistische Staat, der nun mit scharfen Mitteln kurieren soll. Wird das aber ohne große Schmerzen abgehen?

So liegt es ganz allgemein, so liegt es auch bei uns im besondern. Das freieste Wahlrecht macht es so gut wie sicher, daß in wenig Wochen und Monaten mindestens alle Großstädte Deutschlands sozialistische Mehrheiten als Gemeindevertretung besitzen. Das wird von uns natürlich mit Freuden begrüßt. Aber ganz vergessen können wir doch nicht die fürchterliche Erbschaft dieses verlorenen Weltkrieges: Not, Arbeitslosigkeit, Geldmangel. Denn daß die famosen Papierscheine, die wir jetzt als Zahlung hinnehmen müssen, unseren wirklichen Mangel an Arbeitswerten nicht ersetzen, bemerkt man bei jedem Einkauf!

So gibt es nur eins für die organisierte deutsche Arbeiterkraft und für die Staats- und Gemeindearbeiter im besondern: Die Fühne zusammenbeißen und am Werke der Selbstbefreiung mitarbeiten!

Je stärker aber unsere Organisation, um so ruhigeren Mutes können wir die finsternen Zukunftsgedanken bannen!

Wir haben jetzt wieder einen erheblichen Teil unserer vom Felde zurückgekehrten Mitglieder in unseren Reihen. Damit wird sich auch der Unterbau unserer Organisation, die Funktionäre und Vertrauensleute, wesentlich stärken und verbessern. Wir heißen die alten und die neuen Kollegen in unseren Reihen willkommen. Die alten kennen ihre Pflichten und Aufgaben, sie haben jetzt wieder Gelegenheit, am Friedensbau unserer Gewerkschaft mitzuarbeiten. Die neuen werden in diesen schweren Zeiten bald erkennen, daß es nicht damit getan ist, Mitglied zu sein, sondern daß man kräftig mitgucken, wo irgend Verbandsarbeit zu leisten ist.

Dazu gehört natürlich in erster Linie unermüdete Agitation für den Verband.

Die freien Gewerkschaften sind in diesen Zeiten nötiger denn je! Und wir waren bisher mit Recht stolz darauf, daß in städtischen Betrieben niemand den kaltschen Propaganda glaubte, die wähen, allein mit politischer Demonstration oder gar Maschinengewehrtaffel mit dem Kapitalismus und der Menschenausbeutung fertig zu werden.

Nein! Alle Abstimmungen beweisen den gesunden Sinn der deutschen Arbeiterschaft: Sie will ihre Selbstbefreiung wirtschaftlich und politisch durchsetzen. Und es kann bereits in wenig Wochen so weit sein, daß man die wirtschaftlichen Organisationen — die Gewerkschaften — noch nötiger braucht als die politischen. Denn jede gründlichere Betrachtung der gegenwärtigen wirtschaftlichen und außenpolitischen Situation führt uns immer wieder zu dem Schluß: Es muß in Deutschland gewaltige Arbeit geleistet werden, sollen wir als freies Volk unter den übrigen Völkern bestehen können.

Die Vorgänge in unserem Verbandsgebiet zeigten im verfloßenen Jahre ein Bild steter Fortentwicklung. Seit Anfang November 1918 ist eine Art „Goldkonjunktur“ eingetreten, der hoffentlich nicht sobald die „Krise“ folgt. Leider hat der fürchterliche Krieg uns auch im verfloßenen Jahre noch viele hundert Tote gekostet, so daß wir bis 1. Januar 1919 2500 Tote zu beklagen haben. Aber auch die Grippe hat große Opfer gefordert, darunter unseren früheren 2. Verbandsvorsitzenden Oskar Riedel, der am 20. Oktober 1918 in Dresden im Lazarett verstorben ist. So mancher Kollege aber weilt noch fern von seiner Familie, weil er als Gefangener in Feindeshand ist. Aller dieser tapferen Mitkämpfer am Verbandswerke gedenken wir!

Möge die Hoffnung auf Deutschlands baldige wirtschaftliche Erneuerung, die in diesen aufgeregten Wahlzeiten so stark von vielen Rednern gewünscht und verheißen wird, nicht trügen, sondern voll in Erfüllung gehen.

Dazu aber bedarf es in jedem Falle der Mitwirkung, ja des hervorragenden Anteils der gewerkschaftlichen Organisationen.

Unser Verband schreitet großen Aufgaben und Zielen im neuen Jahre entgegen, von denen wir nur den Abschluß seiner Tarifverträge erwähnen wollen.

Unser Verband will im neuen wie im alten Jahre in der neuen sozialistischen wie schon in der bürgerlichen Gemeinde eine Sicherung all seiner Mitglieder, auskömmlichen Lohn und freie, menschenwürdige Arbeitsverhältnisse.

Wohlan, das Ziel ist klar erkannt. Ein Wille befeelt uns alle:

**Kaslose Weiterarbeit auf vorgezeichneter Bahn!**

## Die Wahlen zur preußischen Nationalversammlung.

Allmählich begnnt sich die politische Situation wieder zu klären. Spartakus knallt wohl noch hier und da auf den Berliner Dächern herum, aber sein Widerstand ist doch endgültig gebrochen und die Besinnung kehrt auch denen zurück, die durch ihre maßlose Schimpf-„Freiheit“ viel zu dem furchtbaren Bruderkrieg beigetragen haben.

In dem Zeitraume, da diese Nummer in die Hände unserer Leser gelangt, dürfte bereits das Resultat der deutschen Nationalwahlversammlungen bekannt sein. Es kann für uns nach den Wahlen zu der badischen, württembergischen und bayrischen Nationalversammlung keinem Zweifel unterliegen, daß die große Masse der arbeitenden Bevölkerung die Kandidaten der Mehrheitssozialdemokratie gewählt hat, in einzelnen Großstädten werden ausnahmsweise Gruppen für die Unabhängige Sozialdemokratie eingetreten sein.

Nun aber steht in wenig Tagen die Wahl zur preußischen Nationalversammlung bevor. Da verlohnt es sich, unsere Kollegen und Kolleginnen die ganz besondere Bedeutung dieser Wahlen vor Augen zu führen.

Während es im Reiche galt, die außen- und innenpolitische Konstellation zu festigen und aus Deutschland wieder

ein verhandlungsfähiges Reich zu machen, bleibt für Preußen die große Fülle der Spezialaufgaben, deren wir hier nur einige herausgreifen können.

Die Umgestaltung Preußens aus einem bürokratischen verknöcherten Militärstaat zu einem freien Volksstaat wird noch harte und langwierige Arbeit kosten. All zu lang sind die Bürokratenzöpfe gewachsen und es bedarf einer scharfen Schere, um sie abzuschneiden. Der „Instanzenweg“ bei fast jeder Angelegenheit brauchte Wochen und Monate, wo Tage genügen.

Das höhere Beamtentum in Preußen muß unbedingt erneuert werden, denn wir bezweifeln, daß diese Leute in der Lage sind, hinreichend umzulernen. Damit ergibt sich auch für einen großen Teil unserer Kollegen, z. B. in den preußischen Landesanstalten, das unmittelbare Interesse am Ausfall der Wahlen, und wir erwarten von unseren männlichen wie weiblichen Mitgliedern, daß sie unter allen Umständen sozialdemokratisch wählen, ganz gleich, welcher engeren Parteirichtung sie zugehören. Das Bürgertum hat all die Jahrzehnte nicht verstanden, gegen das in der ganzen Welt mit Recht verschriene und verspottete

preussische Regierungssystem etwas auszurichten. Die Landräte fühlten sich als die eigentlichen Herren in Preußen, und es ist uns allen noch in unheilvoller Erinnerung, mit welcher Zähigkeit die preussischen Junker sowohl als die preussische Bourgeoisie festhielten an ihren Privilegien und Klassenvorrechten.

Nun ist das alles in Staub gefallen, und es gilt, neu aufzubauen. Die preussische Volksschule, dieses Stiefkind, muß als vornehmstes Bildungsinstitut zur Einheitschule umgestaltet werden. Die verrückte preussische Klassenjustiz muß einem neuzeitlichen Belegeswert Platz machen. Die preussische Polizei muß an Haupt und Gliedern erneuert und zur Sicherheitsbehörde umgestaltet werden.

Unsere Kollegen und Kolleginnen im preussischen Staatsdienst erwarten eine völlige Neugestaltung ihres sprichwörtlich gewordenen Daseins als „Staatsproletariat“. Viel ist an den preussischen Unterbeamten von Staats wegen gesündigt worden. Nun gilt endlich wieder der freie Mann bei ihnen und nicht länger der Vikenjäger!

Noch lasten die wirtschaftlichen Verhältnisse so schwer auf uns, daß unsere Befreiungsarbeit naturgemäß nur Stückwerk sein kann.

Aber die preussische Nationalversammlung soll reinen Tisch mit dem alten System machen!

Die ungeheuerlichen Zustände in den preussischen Kranken- und Pflegeanstalten bedürfen der gründlichsten Säuberung. Insbesondere, soweit die Lohn- und Arbeitsverhältnisse des Pflegepersonals in Frage kommen, muß durchgreifende Besserung geschaffen werden.

Unsere Wohnungsverhältnisse konnten sich in den Großstädten zu so furchtbaren Krankheits- und Seuchenherden entwickeln, weil Licht und Luft fehlte und eine wilde Bodenverfäulnis schrankenlos wütete. Die preussische Wohnungsaufsicht hat völlig versagt und erst einer neuen Generation, d. h. unteren Kindern, wird es beschieden sein, in gesunden Räumen ihr Leben zu verbringen. Dazu aber bedarf es jetzt unserer Mühen, um die Vorbedingungen in der preussischen Nationalversammlung zu schaffen. Denn das gesamte Bürgertum hat meist gute große Wohnungen und möchte das Hausbesitzerprivileg für alle Zeiten beibehalten. Wir aber, die Sozialdemokraten, wollen und werden mit diesen Bevorzugungen aufträumen!

Endlich sei noch die wichtige Frage der Steuervertetung gestreift. Hier müssen die tragfähigen Schultern, d. h. die Reichen und Wohlhabenden, in progressiver direkter Steuer scharf erfaßt werden. Der notorischen Steuerhinterziehung der ostpreussischen Großgrundbesitzer muß ein Ende gemacht werden. Auf der anderen Seite können dann die Verkehrsinstitute ausgestaltet werden. Hier liegen geradezu ungeheuerliche Mißstände vor, die bislang stets beschönigt wurden mit der notwendigen „Ueberschuhwirtschaft“.

Daß der preussische Militarismus, dieses schuldbeladene System aller Zeiten, in keiner Form wieder auferstehen darf, sondern durch ein freies Volkshcer ersetzt werden muß, ist uns allen zu Fleisch und Blut geworden. Aber das Bürgertum liegt noch immer auf der Bauer und möchte das zerbrochene Instrument wieder sichten!

Woblan! Geben wir am 26. Januar die zweite kräftige Antwort:

Die breiten Massen des arbeitenden Volkes in Schacht, Berkstatt, Betrieb oder Bureau, die männlichen wie weiblichen Mitglieder über 20 Jahre wählen am kommenden Sonntag

**die Kandidaten der Sozialdemokratischen Partei!**

**Abrechnung der Hauptkasse vom 3. Quartal 1918.**

Einnahme:	
Bestand	100 816,98 M.
Eintrittsgelder	1 942,—
Mitgliederbeiträge	207 246,24
„Die Gewerkschaft“	128,20
„Frauen-Zeitung“	15,—
Futterale	14,—
Zinsen	187,15
Zurückgezahlte Vorläufe der Filialen	602,60
Sonstige Einnahmen	814,11
<b>Summe</b>	<b>811 865,68 M.</b>

Ausgabe:	
Gemahregeltemunterstützung	26,— M.
Rechtschutz	197,06
Arbeitslosenunterstützung	521,75
Krankenunterstützung	51 377,35
Sterbeunterstützung	18 805,—
an die Familien gefallener Mitglieder	3 060,—
Regulation durch die Hauptkassen	21 049,93 M.
das Hauptbureau	285,35
<b>Kohnbewegungen durch die Hauptkassen</b>	<b>8 648,62 M.</b>
das Hauptbureau	217,10
<b>Stellennachweis</b>	<b>8 865,72</b>
Teilnahme an Konferenzen	421,60
Beitrag an die Generalkommission	22,—
„Die Gewerkschaft“	1 742,60
„Frauen-Zeitung“	29 916,92
Unterrichtsstufe und Bildungsmittel	1 855,44
Literatur	36,28
Rückläufe an die Filialen	118,89
Rückläufe an die Filialen	602,60
<b>Verdientliche Verwaltungskosten:</b>	
Gehalter	9 830,83 M.
Einigungsgeber	122,—
Versicherungsbeiträge	1 084,45
Familienunterstützung an d. Angeh. d. F.	6 591,—
<b>Sächliche Verwaltungskosten:</b>	<b>17 578,98</b>
Druckkosten	485,— M.
Bureaukosten	122,—
Materialien für die Filialen	626,15
Porto	377,08
Wasser, Reinigung, Heizung und Beleuchtung	1 388,61
<b>Sonstige Ausgaben</b>	<b>3 108,99</b>
	13,20
<b>Summe</b>	<b>158 301,96 M.</b>

Uebersicht:	
Einnahme inkl. Bestand	811 865,68 M.
Ausgabe	158 301,96
<b>Reicht Bestand</b>	<b>153 563,72 M.</b>

Berlin, den 18. Januar 1919.  
 G. Wilmann, Hauptkassierer.  
 Revidiert und für richtig befunden  
 Die Revisoren:  
 Friedrich Verfürth, Bruno Ditt.

**Zusammenstellung**

der Gesamteinnahme und -ausgabe des Verbandes im 3. Quartal 1918.

Einnahme:	
Einnahme der Filialen	772 878,53 M.
Darvon an die Hauptkasse	209 788,24
verblieben	563 090,29 M.
Einnahme der Hauptkasse	811 865,68
<b>Summe</b>	<b>874 956,97 M.</b>

Ausgabe:	
Ausgabe der Filialen	820 587,78 M.
Darvon an die Hauptkasse	209 788,24
verblieben	110 799,54 M.
Ausgabe der Hauptkasse	158 301,96
<b>Summe</b>	<b>969 101,50 M.</b>

Uebersicht:	
Gesamteinnahme	874 956,97 M.
Gesamtausgabe	969 101,50
Bestand (Filialk. 452 290,75 M., Hauptk. 153 563,72 M.)	606 854,47 M.
Darzu in der Vermögensverwaltung des Verbandes	439 862,80
<b>Gesamtvermögen</b>	<b>1 045 717,27 M.</b>





- Gruppe 1. Gelehrte Arbeiter (Handwerker) 80-85 Ml. die Woche
- 2. Ausgebildete oder Angelernte 75-80 . . . . .
- 3. Ungelernte Arbeiter 70-75 . . . . .
- 4. Arbeiterinnen über 30 Jahre 60-65 . . . . .
- 5. Arbeiterinnen unter 30 Jahren 55-60 . . . . .
- 6. Jugendliche unter 18 Jahren erhalten den prozentualen Zuschlag auf ihren Lohn, der den Kolnarbeitern gewährt wurde. Der Lohn steigt jährlich um 1 Ml. pro Woche, der Höchstlohn ist in fünf Jahren erreicht.

Für Ueberstunden, Sonntags-, Feiertags- und Nachstundenarbeit werden Zuschläge von ein Drittel und zwei Drittel des umgerechneten Lohnes in Stundenlohn gezahlt. Feiertage in der Woche werden voll bezahlt. Genauere Bestimmungen hierüber sind zum Teil erfolgt. Zu dem Wochenlohn wird noch bis auf weiteres den verheirateten Arbeitern eine Kinderzulage gewährt und zwar für jedes Kind 8 Ml. die Woche.

Urlaub: 1. Nach zweijähriger Beschäftigung 3 Tage, nach vierjähriger Beschäftigung 6 Tage, nach sechsjähriger Beschäftigung 9 Tage, nach achtjähriger Beschäftigung 12 Tage. 2. Differenzbetrag zwischen Lohn und Krankengeld. Nach 300tägiger Beschäftigung wird den Arbeitern in Krankheitsfällen soviel zu dem Krankengeld an Lohn zugewährt, daß Krankengeld und Zugahlung 90 v. H. des Lohnes betragen. Die Zugahlung erfolgt vom 4. Tage der Erwerbsunfähigkeit an und endigt spätestens mit dem Ablauf der 26. Woche. Ledige Arbeiter erhalten soviel als Zugahlung, daß Krankengeld und Zugahlung 50 v. H. beträgt. Sonst bleiben im allgemeinen die Bestimmungen vom 26. Januar 1912 in Kraft.

Wöchentliche Lohnzahlung freitags kann in einzelnen Betrieben wegen großer Schmierereien noch nicht erfolgen. Durch eingehende Prüfung der Verhältnisse wird es sich doch später eventuell ermöglichen lassen. Die Arbeitszeit ist in allen Betrieben die 48stündige in der Woche. Eine generelle Regelung hat hierin noch nicht Platz gefunden und soll durch weitere Verhandlungen festgelegt werden. Wegen Abbruch eines Tarifvertrages werden in allen Betrieben wegen ihrer Eigenart noch besondere Verhältnisse zur Erfassung mit zugrunde gelegt werden müssen.

8. Ferner wird allen bremischen Staatsarbeitern eine allgemeine einmalige Feuerungszulage nach den Bestimmungen vom 15. Oktober 1918 gewährt, und zwar: Ledige unter 18 Jahren 50 Ml., Ledige über 18 Jahre 100 Ml., Verheiratete 150 Ml., und für jedes Kind 25 Ml. im Höchstbetrage von 250 Ml. Hierzu behalten die früheren Bestimmungen ihre Gültigkeit.

4. Die aus dem Heeresdienst entlassenen Arbeiter erhalten folgende einmalige außerordentliche Feuerungszulage: Ledige Arbeiter 300 Ml., verheiratete Arbeiter 300 Ml., und für jedes Kind 50 Ml. im Höchstbetrage der gesamten Feuerungszulage bis zu 500 Ml. Die zum Heeresdienst eingezogenen, für Zwecke kriegswirtschaftlicher Betriebe vom Heeresdienst freigegebenen und dort beschäftigt gewordenen Arbeiter erhalten, sofern sie in diesen Betrieben keine außerordentliche Feuerungszulagen erhalten haben, die Hälfte der dorthin angegebene Beträge; im Falle sie aber dort außerordentliche Feuerungszulagen erhalten haben, bekommen sie diese bremische außerordentliche Feuerungszulage nicht. — Den Familienangehörigen gewährte außerordentliche Feuerungszulage ist hierdon in Abzug zu bringen.

Bromberg. In der am 8. Januar stattgefundenen öffentlichen Versammlung sämtlicher in städtischen Betrieben beschäftigten Personen referierte Kollege Stamer-Königsberg über: „Die Stellung der freien Gewerkschaften im neuen Deutschland“. In feinem mit lebhaftem Interesse aufgenommenen Ausführungen wies der Referent darauf hin, daß die Gewerkschaften nicht nur Hohe Vereinigungen zur Eringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen sind, sondern daß sie auch große gesetzgeberische Vorkämpfer zur Bewirklichung der sozialpolitischen Forderungen der Arbeiter zu leisten haben. Ausführlich schilderte er die Forderungen der Gewerkschaften. In der Diskussion sprach Kollege Dahinlen über die Nationalwahl. Er forderte alle Anwesenden zu reger Beteiligung auf, dem unsere ertungere Freiheit wollen und müssen wir verteidigen. Darauf behandelte Kollege Stamer die Frage des einzureichenden Lohns. Mehrere Kollegen brachten Wünsche über Lohn- und Feuerungszulagen. Das Verhalten einzelner Betriebsleiter und Meister wurde zur Sprache gebracht. Es wurde beschlossen, in Zukunft dagegen Schritte zu unternehmen. Nach den Wahlen eines 2. Schriftführers und Revisoren sowie von Vertrauensleuten schloß Kollege Schödt die gutbesuchte Versammlung, die uns wieder einen erfreulichen Zuwachs an Mitgliedern brachte.

Ebing. In einer von über 200 Personen besuchten Versammlung der städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen Ebing referierte Kollege Stamer-Königsberg über: „Die Stellung der Gewerkschaften im neuen Deutschland“. Die Ausführungen des Redners wurden mit lebhaftem Interesse aufgenommen. Kollege Dankle wies auf die Bedeutung der Nationalwahlen für die städtischen Arbeiter hin und forderte alle Anwesenden zur regen Beteiligung auf. Den Kassenbericht gab Kollege Schulz. Dem Kassier wurde einstimmig Decharge erteilt. Kollege Stamer ging dann noch auf das Wesen der Tarifverträge näher ein und legte der Versammlung einen Tarifvertragsentwurf des Verbandsvorstandes vor, welcher nach kurzer Diskussion gutgeheßen wurde. Die

Gesaltung wurde beauftragt, die nötigen Schritte zu unternehmen, damit dieser Tarifvertrag auch in Ebing Anerkennung findet. Nachdem dann noch einige Beschwerden über Betriebsleiter ihre Erledigung gefunden hatten, schloß der Vorsitzende Kollege Dankle die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf unseren Verband. Der Erfolg dieser Versammlung war der, daß die Filiale Ebing auf circa 200 Mitglieder stieg.

Freiburg i. Brsg. In der gutbesuchten Generalversammlung vom 6. Januar erpattete Kollege Hagenmeyer Bericht über die letzte Eingabe an den Stadtrat. Den Jahres- und Kassenbericht erstattete der 1. Kassierer Kollege Ketterer. Die Gesamteinnahmen betragen 6537,06 Ml., die Gesamtausgaben 6062,38 Ml. Bleibt Kassenbestand 474,67 Ml. Krankengeld wurden 1475, Ml. an Sterbegeld 486 Ml. ausgezahlt. Mitglieder zahlten wir am Anfang des Jahres 173. Ausgenommen wurden 278, zusammen 451 Mitglieder. Gestorben und gestorben sind 7 Mitglieder. In den Filialvorstand wurden gewählt Kollege Schöffler, 1. Vorf., Schmidt, 2. Vorf., Hagenmeyer, Kassierer, Ketterer, Schriftführer. Beschllossen wurde, am 15. Januar eine nochmalige Mitgliederversammlung stattfinden zu lassen wegen Stellungnahme zur Lohnfrage für die aus dem Felde zurückgekehrten Kollegen. In Säckingen haben sich 8 Kollegen zur Aufnahme in den Verband gemeldet.

Görlitz. In unserer Generalversammlung am 11. Januar, welche von 120 Mitgliedern besucht war, gab Kollege Prose den Jahresbericht. Der Magistrat bewilligte im abgelaufenen Jahre drei Feuerungszulagen. Die erste vom 8. Februar betrug nach einjähriger Dienstzeit 60 Ml., nach zwei Jahren 80 Ml., nach drei Jahren 100 Ml. und für jedes Kind 10 Ml. Stadtarbeiter erhielten 150 Ml. und für jedes Kind 10 Ml. Die zweite Zulage wurde im Oktober und die dritte am 27. Dezember gewährt. Hier wurde bei jeder der fünfmalige Grundlohn zugrunde gelegt. Weiterhin waren diese dreimal höher als die Zulage im Februar. Einen gewaltigen Aufschwung erhielt die Filiale durch die öffentliche Versammlung für alle städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen vom 19. November. Die Mitgliederzahl betrug am Jahresabschluss 150. Die Quartalsrechnung zeigt eine Einnahme von 1349,37 Ml. und eine Ausgabe von 740,11 Ml. Der Kassenbestand betrug 609,26 Ml. Die Neuwahl des Vorstandes ergab: Vorsitzender Kollege Prose, Kassierer Jacoby, Schriftführer Buchner. Kollege Preißler erläuterte hierauf den Lohnsachverhalt, welcher sämtlichen Stadtarbeitern vom Verbandsvorstand aus gegeben wird. Hier ist es unbedingt notwendig, daß jeder Betrieb eine Lohnkommission einsetzt, welche dann im Verein der Organisationsleitung die Lohnsätze erpediert. Ebenso notwendig macht es sich, in jedem Betrieb Vertrauensmänner zu wählen, welche mindestens allmonatlich mit dem Vorsitzenden unserer Organisation eine Besprechung abhält. Auch müssen die Kollegen sich zur Arbeiterauschusswahl rufen.

Greifswald. In einer Versammlung der Arbeiter der städtischen Licht- und Wasserwerke wurden folgende Forderungen an den Magistrat beschlossen: 1. Sofortige Durchführung der achtstündigen Arbeitszeit. 2. Schichtlöhne von 10,13 Ml. für erste Feuerleute; 9,75 Ml. für zweite Feuerleute; 8,88 Ml. für Kolnarbeiter; 7,50 Ml. für Hofarbeiter; für Sonn- und Feiertagsarbeit 2 Pf. extra. Außerdem eine Feuerungszulage. Die geforderten Mehrlösh. sollen vom 1. Dezember ab nachgezahlt werden. Die aus den Kollegen Dremb, Reinhold und Gieslow bestehende Lohnkommission verhandelte sofort mit dem Magistrat, welcher die Forderungen bewilligte. Durch Einigkeit wird immer etwas erzielt. Mögen die Kollegen von Greifswald dies beherzigen und dem Verbanke die Treue bewahren.

Hlla. Die städtischen Arbeiter aller städtischen Betriebe waren am 8. Januar von den beiden Organisationen der Gemeindearbeiter zu einer Versammlung einberufen worden, in der die Unzulänglichkeit des jetzt gezahlten Lohnes trotz aller Zulagen dargelegt wurde. Es wurde eine Entschlieung angenommen, in der als einstweiliger Ausgleich eine einmalige Feuerungszulage und sofortige Erhöhung der Tariflöhne um 3 Ml. den Tag gefordert wird, und zwar einschließend der Theaterarbeiten. Ferner wird die sofortige Inangriffnahme der Umänderung des Lohnsachverhalts in der Richtung: Einrechnung der Kriegszulagen in den Lohn, Zusammenlegung der Lohnklassen, Erreichung des Höchstlohnes in fünf Jahren, Einführung von Wochenlöhnen, Tarifabschluß mit den Organisationen, Rückgängigmachung der Kürzungen bisher gewährter Zulagen.

Nordhausen. Unsere Filiale hielt am 4. Januar ihre Mitgliederversammlung ab. Anwesend waren aus den städtischen Betrieben circa 100 Arbeiter und Arbeiterinnen. Galt es doch, eine Beschlußfassung über ihre zukünftigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeizuführen. Hierzu sprach Kollege Wachtendorf. Wogeburg über: „Die Gewerkschaftsbewegung im neuen Deutschland und der Reichstags für die Gemeindearbeiter“. An der Hand zahlreicher Materials schilderte der Referent die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gemeindearbeiter, wie es war, wie es ist und wie es werden muß. Die städtischen Behörden zeigten sich bisher den berechtigten Forderungen der Arbeiter wenig entgegenkommend, und nur da, wo wir unerserens auf die Hilfe der Stadterordneten rechnen konnten, waren besonders gute Erfolge zu verzeichnen. Ein

weiterer Grund lag aber auch in dem bisherigen Verhalten der Arbeiter zur Organisation. Unter den jetzigen schwierigen Existenzbedingungen für die Arbeiter ist es deshalb besonders zu begrüßen, daß auch die in den hiesigen städtischen Betrieben Beschäftigten sich endlich der Organisation angeschlossen hätten. Im Vergleich zu anderen gleich großen Städten fehlt der Lohn hier sehr tief, ein Ausgleich muß geschaffen werden. Die Arbeitskraft ist das Kapital des Arbeiters. Sie gesund erhalten und teuer verkaufen, muß Pflicht eines jeden Arbeiters sein. Der vom Verband ausgearbeitete Reichsarbeiter wird dem Städtetrag vorgelegt werden. Wesentliche Verbesserungen bezüglich Lohn und Arbeitszeit und anderen Verhältnissen sind vorgegeben. Diese Verbesserungen sind notwendig, wenn die bis jetzt den Arbeitern vorenthaltenen geistige Bildung, Kunst und Wissenschaft, nicht nur auf dem Papier stehen soll. Erhalten wir gerechte Lohn- und Arbeitsverhältnisse, so müssen wir uns auch unserer Pflicht bewußt sein. Die Organisation ausbauen und jeden zu einem überzeugten Gewerkschaftler heranzubilden, muß unser Ziel sein, dann wird auch die Sonne der Gerechtigkeit für uns aufgehen. In der Diskussion wurden zahlreiche Wünsche von den Arbeitern vorgebracht, von welchen wir nur hervorheben wollen, daß einzelne Arbeiter in bestimmten Zeiten eine lästige Arbeitszeit von 16 Stunden haben. Nach Feststellung aller Verhältnisse, die abgestellt werden müssen, wurde eine Erhöhung der zu fordernden Mindestlöhne und Verlängerung der Arbeitszeit beschlossen und alles weitere der Ortsverwaltung zur Erledigung überwiehen. Die Wahl der Ortsverwaltung ergab: 1. Vorsitzender Baumbach, 2. Vorsitzender Frau Richardt, Kassierer Matham und Schriftführer Krug.

**Elbenbüttel.** Die Mitgliederversammlung vom 6. Januar wozu die Neuwahl der Sitzerhaltung vor und die Quartalsabrechnung erliegen. Auf Antrag des Kollegen Beh wurden folgende Beschlüsse gefaßt: 1. Rettung einer Arbeitsstellenstelle als Ausgangspunkt zu den verschiedenen Arbeitsstellen bei Beginn der schlechtesten Arbeitszeit bzw. Abmarsch von einer bestimmten Sammelstelle nach Beendigung der Arbeitszeit; 2. Unterschiedslöhne haben wegzufallen; gleicher Lohn für gleiche Leistung.

**Höfned.** Am 11. Januar fand eine gut besuchte Versammlung der städtischen Arbeiter statt. Kollege Lippert-Leipzig referierte über den einzureichenden Lohnzettel sowie über unsere Aufgaben als Gemeindegewerkschafter in der Zukunft. Leider glänzten die Gewerkschafter wieder durch Abwesenheit. Andere mußten die Opfer bringen und diese Kollegen werden die Erfolge resp. die Vorteile, welche die im Bauamt tätigen Arbeiter erlangen, mit ein. Nächsten sich die Gewerkschafter ein Beispiel an anderen Städten nehmen, wo gerade die Gewerkschaftsleiter die Referenzen sind, und möchten sie endlich auch den Weg zur Organisation finden. Eine starke Unterstützung bemüht sich der Kollege über die Verdrängungspolitik des Gemeinderats gegenüber den Eingaben der städtischen Arbeiter. Alle Eingaben vom Gemeinderat werden erst wieder dem Bauamt übergeben. Dort bleiben sie immer gewöhnlich vier Wochen liegen, um dann erst wieder an den Gemeinderat zu gehen. Noch härter jedoch war die Unterstützung über die Täuschung der städtischen Arbeiter und zugleich der ganzen Bevölkerung von Seiten des Gemeinderats und Bauamtschusses. In der vorletzten Gemeinderatssitzung resp. in dem Bericht hierüber bestand sich folgender Passus: „Der Bauamtsschuss hat die Löhne der städtischen Arbeiter erhöht und den Verhältnissen angepaßt; dem wird zugestimmt.“ Die Arbeiter freuten sich schon über die am Freitag den 10. Januar, stattfindende und zur Auszahlung kommende Lohnrechnung. Aber o Schreck, aus der Lohnrechnung war eine Lohnreduzierung geworden. Eine Stundenlohnreduzierung in Höhe von 7 Pf. hat allerdings stattgefunden; aber dafür wurden den städtischen Arbeitern die Kriegs- und Teuerungszulagen, welche vierzehntägig 8 Mk. betragen, abgezogen. Da nun bei voller Arbeitszeit 12 mal 8 gleich 96 Stunden mal 7 Pf. gleich 6,72 Mk. Lohn herauskommt, so haben die städtischen Arbeiter also eine Lohnföhrung von 1,28 Mk. bekommen. Und da hat man noch die Eltern, von einer Lohnreduzierung zu reden. Aber nur gemacht, ihr Verren, in einigen Wochen haben wir eine andere Zusammenfassung des Gemeinderats, welcher dann jedenfalls mehr soziales Verständnis für die Arbeiter an den Tag legen und auch die für die städtischen Arbeiter so nachteilige Verdrängungspolitik beseitigen wird.

**Würgburg.** In der Generalversammlung vom 1. Januar gab Kollege Schön bekannt, daß der Entwurf des neuen Lohnzettels und die Einrede für die einmalige Teuerungszulage an den Stadtmagistrat gelangt sei. In längeren Ausführungen referierte Kollege Baub über das Interesse und die sehr notwendige Mitarbeit an den kommenden Wahlen. Nachsichende Kollegen wurden in den Filialvorstand gewählt: Adler, 1. Vorsitzender, Konrad, 2. Vorsitzender, Keller, 1. Kassierer, Penkert, 2. Kassierer, Gehring, 1. Schriftführer, Höhner, 2. Schriftführer.

♦ Aus den deutschen Gewerkschaften ♦

**Spartakus gegen Gewerkschaften.** Der Spartakusbund hielt in den letzten Dezembertagen in Berlin eine Reichskonferenz ab, auf der er sich u. a. zur selbständigen Partei („Kommunistische Partei

Deutschlands, Spartakusbund“) erhob und auch zu den Gewerkschaften Stellung nahm. Zu einem Referat Lange, des Redakteurs der „Handlungsgehilfen-Zeitung“, über: „Die wirtschaftlichen Kämpfe“ lagen die beiden folgenden Anträge vor: 1. „Die Reichskonferenz erklärt: Die Tarifvertragspolitik der gewerkschaftlichen Zentralverbände, die Abwägung der Streiks und die systematische Unterbindung des sozialen Bekämpfunges des Proletariats durch die Gewerkschaftsbürokratie, sowie die ablehnende, ja feindselige Haltung der Verbandsführer gegen die sofortige Anagnahme der Sozialisierung der Produktionsmittel sind in ihrer Wirkung konterbaltend und darum revolutionärfeindlich. Die Zugehörigkeit zu solchen Gewerkschaftsverbänden ist deshalb unvereinbar mit den Zielen und den Aufgaben der kommunistischen Partei Deutschlands. Für die Führung der wirtschaftlichen Kämpfe und zur Übernahme der Produktion nach dem Sieg der sozialen Revolution ist vielmehr die Bildung revolutionärer, d. h. der begrenzter Arbeiterorganisationen (Einheitsorganisationen) notwendig. Diese Kampforganisationen haben ihre Tätigkeit im besten Einvernehmen mit der kommunistischen Partei und den zentralen Einheitsorganisationen auszuüben und die kommunistische Produktion vorzubereiten und durchzuführen zu helfen.“ — 2. „Die Taktik der Gewerkschaften hat vor und während des Krieges zu einer vollständigen Abliegung des revolutionären Klassenkampfes geführt. Die Gewerkschaften von innen heraus zu reformieren, ist nach allen bisherigen Erfahrungen ein aussichtsloses Beginnen. Die Konferenz der kommunistischen Partei beschließt deshalb, den Kampf gegen die Gewerkschaften von außen aufzunehmen und fordert die ihr angeschlossenen Organisationen auf, unverzüglich eine Austrittspropaganda aus den Gewerkschaften aus nachdrücklich zu empfehlen. Die Konferenz verpflichtet die Mitglieder der kommunistischen Partei Deutschlands, ihren Austritt sofort aus den Gewerkschaften zu vollziehen. In der jetzigen Situation ist der Ausgangspunkt von getrennt geführten wirtschaftlich und politischen Kämpfen vollständig überholt. Für das revolutionäre Proletariat ist die wirtschaftlich-politische Einheitsorganisation geboten. Diese ist die kommunistische Partei Deutschlands.“ — Diese Töne sind uns sehr bekannt. Lassen wir sie doch vor dem Kriege ständig in der „Einigkeit“, dem Organ der Berliner Lokalkisten, ertönen. Und ja, bekanntlich während des Krieges sank Deutschland. Nur Herr Rieger, der dem ersten Antrag eintrug, ist noch ein Ueberbleibsel davon. Die Anträge sind nicht zum Beschluß erhoben worden, denn der Gewerkschaftsbeamte Federl-Gemisch sprach dagegen. Die Anträge wurden in einer Kommission begraben. — Wir aber haben soviel Vertrauen zu der Arbeiterkraft, daß sie auch diesen neuen „Syndikalismus“ überwindet, so gut wie den alten. — Diese Notiz sollte bereits in Nr. 2 der „Gewerkschaft“ erscheinen. Die Besetzung des „Vorwärts“-gebäudes durch Spartakus machte es aber unmöglich. Die Sache erheben uns aber wichtig genug, die Notiz auch heute noch zu veröffentlichen.

**Groß-Berliner Arbeiterräte gegen die Tarifverordnungen des Reichsarbeitsamts.** Eine Versammlung von Arbeiterräten einiger Berliner Großbetriebe hat eine Protestkundgebung gegen die Verordnung des Reichsarbeitsamts betreffs Tarifverträge usw. beschlossen, in der es heißt: „Diese Arbeiterräte der Berliner Großbetriebe protestieren auf das entschiedenste gegen die Verordnung des Reichsarbeitsamts vom 28. Dezember 1918, betreffs Tarifverträge, Arbeiter- und Angestelltenauschüsse und Schlichtung und Arbeitsstreitigkeiten. Diese Verordnung ist vorbereitend und erlassen worden ohne Hinzuziehung der Vertreter der Arbeiterräte und ist geeignet, diese zu beseitigen. Die Arbeiterräte üben ihre Tätigkeit kraft revolutionären Rechts aus und werden sich dieses Recht nicht nehmen lassen. Sie werden sich auch dem Abschluß irgendwelcher Kollektivverträge energisch widersetzen, die geeignet sind, die Tätigkeit der Arbeiterräte lahmzulegen.“ Weiterhin haben diese Arbeiterräte folgende „Richtlinien“ für gewerkschaftliche und wirtschaftliche Angelegenheiten aufgestellt, die der Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte zu berücksichtigen habe: 1. Die Arbeiterräte haben innerhalb der Großbetriebe entscheidenden Einfluß auf Produktions-, Lohn- und Arbeitsverhältnisse auszuüben. Sie haben in der Uebergangszeit für die Aufrechterhaltung der Produktion zu sorgen und ihre Aufmerksamkeit und Energie auf die schließliche Sozialisierung der industriellen Großbetriebe zu richten. 2. Der Arbeiterrat jedes Großbetriebes ist der Direktion und dem Aufsichtsrat mit Sitz und Stimme bei allen zu erledigenden technischen und kaufmännischen Angelegenheiten gleichberechtigt beizutreten. 3. Der Arbeiterrat hat das Recht, geeignete Personen für die Besetzung der Ressorts heranzuziehen (Ressorts: Kalkulation, Korrespondenz, Registratur, betriebstechnische Bureau usw.). 4. Der Arbeiterrat ist für die Arbeiterschaft seines Betriebes die höchste Instanz. Innerhalb dieser Richtlinien ist für eine demantwortliche gewerkschaftliche Tätigkeit keinerlei Raum. Die Gewerkschaften stehen auf dem Boden der Gesetzgebung und des durch sie verbürgten Rechts. Sie müssen gegen diese Eingriffe unermüdeten Inanspruchnahme in ihr Tätigkeitsgebiet die entschiedenste Verwehrung einlegen.

**Rundschau**

Aus der Zeit der Spartakusherrschaft. Unsere „Gewerkschaft“ Nr. 2 war schon zum erheblichen Teil fertig, als die Besetzung der Vormärkldruckerei einen Strich durch unsere Dispositionen machte. Wir konnten von den „neuen Geschäftsinhabern“ weder Satz noch Manuskript zurückhalten und mußten wohl oder übel einen Teil unserer Artikel und Notizen noch einmal produzieren. Das bringt einen vielgeplagten Redakteur schon ungewöhnlich in Garnisch! Nun geht es auch noch für Sorge für Papier, Satz und Druck zu treffen, was uns dank dem freundlichen Entgegenkommen der Druckerei des Deutschen Holzarbeiterverbandes schnell gelang. Im beschleunigtem Tempo wurde alles hergestellt und unsere Zeitungsempfänger in den einzelnen Städten, die gewiß recht ungeduldet waren, daß die „Gewerkschaft“ um einige Tage zurückblieb, ahnten nicht, unter welchen Schwierigkeiten sich Druck und Expedition der beiden letzten Nummern vollzog. Nun sind wir wieder zurückgekehrt an alter Stelle, und wir hoffen, daß der mühevolle Raum, in dem sich einzelne sonst achtenswerte Genossen befanden, zu Ende ist. Nicht zerstören, sondern aufbauen will der Sozialismus. Nicht Terror mit Waffen gegen die eigenen Brüder führt vorwärts, sondern die viel mühseligere Arbeit der Aufklärung und planvollen Umgestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Die Gewerkschaften stehen gerade jetzt vor einer Fülle neuer Aufgaben. Daran mitzuarbeiten ist Pflicht jedes unserer Mitglieder.

**Briefkasten**

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Nr. 2 der „Gewerkschaftlichen Frauen-Zeitung“ erst mit Nr. 5 der „Gewerkschaft“ verfaßt wird. Die Expedition.

**Hilfsarbeiter fürs Verbandsbureau**

gesucht. Feste Anstellung erfolgt im Falle der Verwendbarkeit für gewerkschaftliche Agitations- und Organisationsstätigkeit nach einer Probezeit von 3-6 Monaten. Anfangsgehalt einschließlich Feuerungs-gelage 364 M. monatlich; Versicherungsbeiträge werden voll von der Verbandskasse getragen.

Bewerbungen, denen eine schriftliche Arbeit über die Aufgaben eines Gewerkschaftsangestellten und ein Lebenslauf beizufügen sind, müssen bis spätestens 5. Februar beim Verbandsvorsitz, Berlin W. 57, Winterfeldtstraße 24, eingereicht werden.

Die Filiale Rönigsberg i. Pr. sucht zum sofortigen Eintritt einen

**Ortsbeamten.**

Bewerber müssen mindestens drei Jahre Mitglied einer freien Gewerkschaft sowie mit Leitung der Kassengeschäfte betraut sein.

Die Anstellungsbedingungen regeln sich nach den Beschlüssen des Hamburger Verbandstages. Dem Bewerbungsschreiben ist ein kurzer Lebenslauf, sowie eine Arbeit über die Aufgaben eines Ortsbeamten beizufügen.

Bewerbungen sind mit der Aufschrift „Bewerbung“ an den Vorsitzenden der Anstellungskommission Friedr. Fellerabend, Rönigsberg, Artilleriestr. 34 II, bis zum 15. Februar 1919 zu richten.

**::::: Filiale Groß-Berlin :::::**

Sonntag, den 16. Februar 1919

**Sondervorstellung in der „Urania“,**  
(Wissenschaftliches Theater), Taubenstr. 48/49.

Zur Aufführung gelangt:

**„Die Schönheit der deutschen Landschaft“**

Vortrag mit Lichtbildern.

Kasseneröffnung 4 Uhr — Beginn der Vorstellung 5 Uhr.

Eintrittskarten 1,00 M. Garderobe frei!

Die Eintrittskarten sind im Bureau der Ortsverwaltung und bei den Vertrauensleuten und Beitragskassierern zu haben. Die Platzanweisung erfolgt im Vorraum des Theaters durch Verlosung. Es sind Einzel- und Doppelpässe zu haben. Kinder unter 6 Jahren haben keinen Zutritt. Die Ortsverwaltung.

**Totenliste des Verbandes.**

**Ernst Bager, Dresden**

Gasarbeiter  
† 24. 12. 1918, 55 Jahre alt.

**Gottlieb Harris, Stuttgart**

städt. Arbeiter  
† 25. 12. 1918, 59 Jahre alt.

**Gustav Becker, Stuttgart**

Pensionär  
† 19. 12. 1918, 78 Jahre alt.

**Gustav Bierfreund, Berlin**

† 9. 12. 1918, 44 Jahre alt.

**August Broda, Breslau**

Arbeiter  
† 26. 12. 1918, 57 Jahre alt.

**Hermann Bonath, Berlin**

† 6. 1. 1919, 52 Jahre alt.

**Emma Prabon, Breslau**

Arbeiterin  
† 26. 12. 1918, 88 Jahre alt.

**Richard Günther, Berlin**

† 1. 1. 1919, 58 Jahre alt.

**Minna Hecker, Berlin**

† 9. 1. 1919, 72 Jahre alt.

**Karl Gerb, Berlin**

† 18. 1. 1919, 51 Jahre alt.

**Richard Herrfurth, Leipzig**

Steinfortierer  
† 19. 12. 1918.

**Jr. Hohrath, Jülich**

Straßenreiner  
† 22. 12. 1918, 52 Jahre alt.

**Franz Schülke, Meissen**

Ratsarbeiter  
† 24. 12. 1918, 67 Jahre alt.

**Johann Jäger, Stokelodorf**

Wasserbauarbeiter  
† 19. 12. 1918, 54 Jahre alt.

**Gustav Barget, Berlin**

† 9. 1. 1919, 49 Jahre alt.

**J. Köhler, Regensburg**

Straßenlehrerin  
† 24. 12. 1918, 60 Jahre alt.

**Ernst Lenschel, Leipzig**

Arbeiter  
† 8. 1. 1919.

**Martha Meißner, Dresden**

Straßenreinerin  
† 7. 12. 1918, 85 Jahre alt.

**Jana Müller, Berlin**

† 10. 1. 1919, 22 Jahre alt.

**Franz Pönike, Berlin**

† 19. 12. 1918, 61 Jahre alt.

**Hermann Rahn, Berlin**

† 31. 12. 1918, 68 Jahre alt.

**Karl Rauge, Berlin**

† 11. 1. 1919, 52 Jahre alt.

**Franz Sattler, Plauen i. V.**

Straßenreiner  
† 8. 12. 1918, 65 Jahre alt.

**Agulila Schuch, München**

Arbeiter  
† 10. 1. 1919, 62 Jahre alt.

**Max Schulz, Danzig**

Arbeiter  
† 10. 1. 1919, 25 Jahre alt.



**Opfer des Weltkrieges:**

**A. O. Herrmann, Leipzig**

am 5. November 1918 im Alter von 57 Jahren gefallen.

**Karl Fink, Stettin**

am 12. November 1918 im Alter von 55 Jahren gefallen.

**Math. Klöser, Köln-Jollhof**

am 29. Mai 1918 im Alter von 89 Jahren gefallen.

**Konstantin Kolossa, Berlin**

am 10. Oktober 1918 im Alter von 82 Jahren gefallen.

**Franz Langer, Breslau**

am 16. Juli 1918 im Alter von 45 Jahren gefallen.

**Albert Tiesener, Berlin**

am 8. Mai 1918 im Alter von 88 Jahren gefallen.

**Willy Schulz, Berlin**

am 10. Januar 1919 im Alter von 86 J. als Opfer der Revolüt.-gef.

**Franz Schimm, Berlin**

am 10. Januar 1919 im Alter von 48 J. als Opfer der Revolüt.-gef.

**Max Tietze, Berlin**

am 20. August 1918 im Alter von 58 Jahren gefallen.

**August Vorholzer, Stuttgart**

im Dezember 1918 im Alter von 83 Jahren gefallen.

**Ehre ihrem Andenken!**

Verlag: In Verrechnung des Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter G. K. H. m. n. Verantwortlicher Redakteur Emil Dittm er, beide Berlin W. 57, Winterfeldtstr. 24. Druck: Vormärk-Druckerei und Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Hindenburgstr. 2.